



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Maßgebliches und Unmaßgebliches

Die Maifeier. Der Einzug des Wonnemonds ist programmäßig begangen worden: mit abscheulichem Wetter, mit der gewöhnlichen Blamage der Sozialdemokratie und mit einigen legislatorischen Überraschungen. Die Maifeier des internationalen „Proletariats“ ist, in Deutschland wenigstens, schon darum eine Dummheit, weil wir höchstens aller zehn Jahre einmal Anfang Mai schönes Wetter haben. Die Mainummern der sozialdemokratischen Blätter pflegen an die fröhlichen alten Volksfeste im Freien zu erinnern und malen das Bild der schönen Zukunft aus, wo wieder Alt und Jung die Sommerluft genießen wird, anstatt in raucherfüllten Fabriken, in schmutzigen Werkstätten, am heißen Backofen und in feuchten, dunkeln Kellerwohnungen zu schmachten. Aber um diese schöne Zukunft in lebenden Bildern darzustellen, muß man nicht in unsrer Zone des veränderlichen Niederschlags allen Proletariern von St. Petersburg bis Cadix und von Edinburgh bis Neapel denselben Tag der Feier aufdrängen, sondern jede Gegend feiern lassen, wenn sie gerade einmal beständig schönes Wetter hat, und keinesfalls darf man den 1. Mai wählen, auf den nur südlich von den Alpen und den Pyrenäen einiger Verlaß ist; da haben sich die Begründer der Sedanfeier bedeutend besser auf die Meteorologie verstanden. Kann es etwas mitleiderregenderes geben, als Arbeiterfrauen und Kinder, die in einen Wirtshausaal eingepfercht, in einer mit den Ausdünstungen trocknender Kleider und schwitzender Menschen, mit Tabakqualm, Alkoholdunst und Leuchtgas angefüllten Luft die alten Verheißungen anhören sollen, an die zu glauben sie längst aufgehört haben, und das mit der Sorge im Herzen, ob nicht dieser Feier wegen der Gatte und Vater die Arbeit verlieren und die bitterste Not bei ihnen einziehen wird? Der „Weltfeiertag“ ist eben ohne Rücksicht auf das Wetter eingesetzt worden, weil man der Bourgeoisie die Macht des Proletariats vor Augen stellen und sie diese Macht fühlen lassen, d. h. also, weil man alljährlich eine Kraftprobe ablegen wollte. Und diese Kraftprobe fällt nun in jedem Jahre jämmerlicher aus. Ein wahres Wunder, daß Leute wie Bebel, Liebknecht, Kautsky, Bernstein, die doch nicht gerade dumm sind, das nicht vorausgesehen haben. Mag der Vorwärts zehnmal schreiben: „Frech, grotesk gelogen! die Sozialdemokratie hat keine Kraftprobe für den 1. Mai angekündigt, solche Kindereien macht keine ernsthafte Partei,“ damit streut er nicht einmal den eignen Genossen Sand in die Augen, und der das geschrieben hat, denkt ohne Zweifel, wie alle Führer jetzt denken werden: solche Kindereien hätten wir, als ernsthafte Partei, nicht begehen sollen. Der Rückzug ist ja mit der Betauerung, daß es keine Kraftprobe sein solle, nicht ungeschickt eingeleitet; allmählich wird man dann die Sache einschlafen lassen. Es bleibt dabei: die Arbeiterschaft ist ohnmächtig der bürgerlichen Gesellschaft gegenüber; weder hat sie die Kraft zu einer gewalttätigen Revolution, noch ist die geringste Aussicht auf den großen wirtschaftlichen Kladderadatsch vorhanden. Wenn es die Parteiführer gut meinen mit den Arbeitern, so werden sie darauf verzichten, eine Zukunft vorzubereiten, die niemals Gegenwart werden kann, und werden sich darauf beschränken, an der Verbesserung der Lage der untern Schichten auf dem Boden der bestehenden Gesellschaftsordnung zu arbeiten, unter anderm auch durch geschickte Ausnutzung der politischen Konjunkturen nach englischem Vorbilde. Dazu ist vor allem nötig, daß sie ihre grundsätzliche Feindschaft gegen alle bürgerlichen Parteien aufgeben und je nach den Aussichten, die man ihnen eröffnet, bald mit dieser, bald mit jener in freundschaftlichen Verkehr treten.

Der Reichstag hat uns mit dem Verbot des Terminhandels, das preussische Herrenhaus mit der Ablehnung des Lehrerbefoldungsgesetzes überrascht. Den Beschluß des Reichstags haben wir mit aufrichtiger Genugthuung begrüßt, und wir hoffen, daß sich der Bundesrat weder durch die entschiednen Erklärungen, die seine Vertreter in der Börsenkommission abgegeben haben, noch durch Vorstellungen des „Schutzverbandes“ beim Reichskanzler abhalten lassen wird, dem Beschluß einer so starken Reichstagsmehrheit zuzustimmen. Wir haben seit zwei Jahren die Überzeugung vertreten, daß es gegen die Verheerungen, die die agrarische Agitation anrichtet, nur ein Radikalmittel giebt: ein agrarisches Ministerium. Will man es damit nicht wagen, so muß man wenigstens alle Forderungen der Agrarier erfüllen, denn so lange dies nicht geschieht, wird der Wahn weitere und immer weitere Kreise ergreifen, daß das ganze deutsche Volk in der Knechtschaft der Börsenjuden schmachte, und daß die Regierung entweder bestochen sei, oder zu feig und zu schwach, die Fesseln zu brechen. Man muß also den Agrariern den Willen thun und das Volk durch Erfahrung klug werden lassen. Die Rationalzeitung freilich will von einer solchen Politik nichts wissen; sie schreibt: „Kühne und interessante Versuche hat man bisher in chemischen Laboratorien oder allenfalls an Kaninchen und Meerschweinchen gemacht, aber nicht durch die Gesetzgebung an den Interessen des Landes auf Kosten des ehrlichen Erwerbs von Staatsangehörigen.“ Wir dagegen sind der Ansicht, daß die Beseitigung des gegenwärtigen unerträglichen Zustandes der Verheerung, Verbitterung und Verwirrung selbst mit einem großen Bruch und mit einem bedeutenden Verlust am Volksvermögen nicht zu teuer erkauft sein würde. Die Erfahrung wird nun lehren, ob das Verbot des Börsenspiels hinreichen wird, die Getreidepreise dauernd zu erhöhen, und wenn diese Erhöhung gelingt, sei es durch das Verbot allein oder durch andre Mittel, die man wohl außerdem noch ergreifen wird, wie dauernd höhere Getreidepreise volkswirtschaftlich wirken werden, und wie die Mehrheit des Volkes damit zufrieden sein wird. Wir werden außerdem sehen, ob das Verbot des Terminhandels die ohnehin — im Vergleich mit früher — geringen Preisschwankungen noch weiter vermindern oder sie im Gegenteil verstärken wird. Es wird sich zeigen, ob die Agrarier Recht haben, die behaupten, daß der gegenwärtige niedrige Preisstand im Widerspruch stehe mit dem Weltvorrat und nur durch Baissespekulanten, namentlich durch die Firma Cohn und Rosenberg künstlich erzeugt sei, oder ob Professor Conrad Recht hat, der meint, das heiße die Macht der Börsenmänner in wahrhaft kindlicher Weise überschätzen. Der Handelsminister sagte in der Debatte am 30. April, der durch die Masseneinfuhr jener Firma erzeugte Preisdruck habe nur drei Wochen angehalten, und er nimmt an, daß sich der den Landwirten dadurch zugefügte Schaden auf höchstens drei bis vier Millionen belaufe. Wir meinen, wenn alle Gewerbetreibenden und alle Lohnarbeiter den „Schaden,“ der ihnen aus dem Verkauf ihrer Ware oder ihrer Arbeit unter dem Voranschlage entspringt, berechnen wollten, so würden alljährlich mehrere Milliarden herauskommen. Bennigsen erklärte es in der Sitzung vom 1. Mai für einen Irrtum, daß mit dem Termingeschäft auch das effektive börsenmäßige Zeitgeschäft verboten werde. Mit Hilfe einer Abhandlung von Klapper in Frühlings landwirtschaftlicher Zeitung erklären wir uns das so, daß es auch in Zukunft noch diesem bestimmten Landwirt erlaubt sein wird, am 1. Juli diesem bestimmten Händler diesen bestimmten Weizen auf den 1. September zu verkaufen. Das versteht sich nun freilich von selbst — wie könnte so ein Geschäft ohne Aufhebung des Eigentumsrechts verboten werden? —, aber das scheint uns eben nicht mehr „börsenmäßig“ zu sein. Der börsenmäßige Verkehr beruht auf dem Begriff

der vertretbaren Ware, beruht darauf, daß man an der Börse jederzeit verkaufen kann, ohne einen bestimmten Käufer zu haben, und jederzeit kaufen kann, ohne den Verkäufer zu kennen und ohne zu wissen, wo die Ware augenblicklich liegt. Eben darauf beruht, wie ein anderer Mitarbeiter in der vorigen Nummer auf Seite 287 ausgeführt hat, die fabelhafte Leichtigkeit des heutigen Verkehrs, bei dem jeder Verkäufer jeden Tag Abnehmer, jeder Käufer jeden Tag Ware findet, jeder an dieser Art des Handels beteiligte jeden Tag entweder sein Warenbedürfnis oder sein Geldbedürfnis befriedigen kann, und man wird abwarten müssen, wie sich die Landwirte und die Müller dabei befinden werden, wenn wieder jeder Käufer die Ware und jeder Verkäufer den Käufer erst suchen muß, was doch, wenn zwischen beiden ein paar hundert Meilen liegen, nicht ganz so leicht sein dürfte wie auf dem Wochenmarkte.

Freilich macht es die heutige Form des Börsenverkehrs den Spielern möglich, sich zwischen den wirklichen Käufer und den wirklichen Verkäufer einzuschieben, aber wir behaupten und erwarten eben von der uns bevorstehenden Erfahrung die Bestätigung unsrer Behauptung, daß dieser wirkliche Käufer und dieser wirkliche Verkäufer von den Millionen, die im Differenzspiel unter den Zwischengliedern hin und her rollen, gar nicht berührt werden. Sollte man uns wegen dieser unsrer Ansicht für Judenknechte erklären oder unsern angeblichen kindlichen Glauben an die Menschenfreundlichkeit der Börsenjobber verhöhnen, so würden wir solchen Unsinn abschütteln wie ein paar Regentropfen. Unsre ganze Art läßt bei keinem Verständigen den Verdacht aufkommen, als hegten wir Sympathie für Spieler und Börsenjobber oder für das Börsenkapital; nichts ist uns unbegreiflicher als die Narrheit des Glückspiels und nichts widerlicher als das lächerliche Gebahren der Neuen Freien Presse, die die niedrigen Leidenschaften ihrer Gönner mit Lappen einer moralisch=pathetisch=sentimentalen Poesie herauszuputzen pflegt. Wir nehmen die Börse, als etwas Wirkliches, wie sie ist, und beschreiben ihre volkswirtschaftliche Thätigkeit. Selbst wenn die Leute, die ihren Erwerb oder Gewinn an der Börse suchen, alle durch die Bank schlechter wären als die übrigen Menschen, so würde dadurch an der Thatsache nichts geändert, daß die Börse ein wichtiges volkswirtschaftliches Amt leidlich, im Vergleich mit frühern Verkehrszuständen muß man sogar sagen in bewunderungswürdiger Weise verwaltet. In unsrer freien Tauschgesellschaft fällt das wenige, was aus Nächstenliebe geschieht, gar nicht ins Gewicht gegenüber dem, was um des Erwerbs und Gewinnes willen geschieht. Die Aktionäre, die den Bau von Eisenbahnen ermöglicht haben, haben es nicht gethan, um ihren Mitmenschen das Reisen zu erleichtern, sondern um Geld zu verdienen, und nach der Verstaatlichung radern sich die Bahnbeamten nicht um des lieben Publikums willen ab, sondern um sich ihre Besoldung zu verdienen. Sogar der Jüngling, der Theologie studirt, thut das gewöhnlich nicht aus Liebe zu den Seelen, sondern der Versorgung wegen. Nachträglich darf sich ja dann ein jeder, mit Ausnahme der Schmaroker, an dem Bewußtsein laben, daß er mit dem, was er zur Erhaltung seines eignen Lebens arbeitet, eine gemeinnützige Funktion ausübt.

Die Politik mag Wege einschlagen, welche sie will, sie mag kulturkämpferisch oder bigott, börsenfreundlich oder agrarisch, liberal oder konservativ sein, wer allemal das Nachsehen hat, das ist „der Sieger von Königgrätz“; 900 Mark Grundgehalt gehe über das Bedürfnis des Schulmeisters hinaus, meinte ein Herr aus jener Gesellschaftsschicht, wo man jährlich nicht unter 1000 Mark für Cigarren braucht. Indes, jene Kartenlegerin hatte ja Recht, die einem jungen Mann ein großes Glück prophezeit hatte und ihm auf seine Beschwerde, statt des großen Glücks habe er einen

Armbruch davongetragen, antwortete: Ist das nicht ein großes Glück, daß Sie nicht bei Ihrem Fall den Hals gebrochen haben? Es konnte dem Schulmeister begegnen, daß er sein Margarinebrot in Zukunft mit Phenolphthalein essen müßte; dieser Kelch, oder vielmehr dieser Schmiertopf, ist an ihm vorübergegangen; aber freilich, die graue Naturfarbe der Margarine bleibt ihm nicht erspart; dafür darf er sich ab und zu, wenn es ihm so weit reicht, ein Pfund schön goldgelb gefärbte Butter kaufen.

Das Branntweinmonopol. Der Finanzminister Miquel hat in seiner Rede in der Sitzung des Herrenhauses vom 2. Mai von den „dringendsten Bedürfnissen“ gesprochen, „die fort und fort an unsre Thür klopfen,“ und hinzugefügt: „Vielleicht werden Sie im nächsten Jahre unter den dringendsten Bedürfnissen die Auswahl treffen müssen.“ Also auch im nächsten Jahre werden wiederum mehrere der dringendsten Bedürfnisse zurückgestellt werden müssen. So geht es fort von einem Jahr zum andern. Wie lange soll das noch so bleiben? Daß sich unsre Finanzlage bei der jetzigen Finanzpolitik in absehbarer Zeit wesentlich bessern werde, dazu ist nicht nur keine Aussicht vorhanden, sondern im Gegenteil ist mit Sicherheit anzunehmen, daß das nicht der Fall sein wird. Es muß aber schließlich doch Rat geschafft werden, um diesem unerträglichen Zustande ein Ende zu machen. Wird man denn nicht endlich zu der Einsicht kommen, daß, wie heute keine Privathaushaltung mehr mit den bisher verwendeten Mitteln auskommen kann, dies auch der Staat nicht mehr kann, und daß dem Staate mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden müssen? Aber die oppositionellen Parteien in unsern Parlamenten wollen das nicht einsehen. Sie können sich von veralteten Vorurteilen, an denen sie festhalten, nicht losmachen. Namentlich ist es die Partei, die sich — sonderbarerweise — die „freisinnige“ nennt, die mit besondrer Zähigkeit an ihren veralteten Anschauungen festhält und es für die weiseste Politik hält, die Regierung des eignen Landes in steter Geldverlegenheit zu halten. Aber woher die Mittel nehmen? wird man sagen. Wir meinen, daß das gar nicht schwer ist, und daß dazu eben nur nötig ist, daß man sich von veralteten und veraltenden Doktrinen frei macht. Vor und in dem Jahre 1848 entrüsteten sich die Liberalen über das Bestehen des Salzmonopols und ruhten nicht eher, als bis es abgeschafft war, um nachher einzusehen, daß die Abschaffung niemand Nutzen gebracht hatte. Seit der Zeit gilt ein Monopol des Staats für etwas höchst verabscheuungswürdiges. Wir meinen, es wäre endlich an der Zeit, diese Meinung aufzugeben. Jede größere Stadt hat ihr Gasmonopol und ihr Wasserleitungsmonopol. Sie treibt diese Gewerbe im Interesse des Stadthädels, und niemand mißgönnt es ihr. Aber der Staat soll kein Gewerbe treiben, dem verhaßten Fiskus vergönnt niemand einen solchen Gewinn! Die Monopole, deren Einführung schon verschiedentlich in Vorschlag gebracht worden ist, sind das Tabak- und das Branntweinmonopol. Jedes davon empfiehlt sich aus vielen Gründen. Doch halten wir das Branntweinmonopol für das wünschenswerteste. Einwenden wird man dagegen natürlich, daß dadurch zahllose kleine Existenzen vernichtet werden würden. Darauf ist zu erwidern, erstens, daß unter diesen sehr viel unberechtigte Existenzen sind, denen es besser behagt, Branntwein zu verschenken als zu arbeiten; dann aber, daß an deren Stelle andre, wertvollere Existenzen treten würden, denn es würde Gelegenheit geschafft, zahllosen zivilversorgungsberechtigten Unteroffizieren eine Anstellung zu gewähren. Wer die Verhältnisse in unsern polnischen Landesteilen kennt, wird uns Recht geben müssen, wenn wir behaupten, daß es für diese keinen größern Segen geben könnte, als die

Einführung des Branntweinmonopols. Die Branntweinschenken sind dort fast ausschließlich in den Händen von Juden. Der Branntwein, der dort verschenkt wird, ist meist nichts anderes als mit Wasser verdünnter Spiritus, dem Zusätze gegeben sind, die das Getränk — wenn man es so nennen kann — schmackhafter machen, dabei oft sogar mit einem kleinen Zusatz von Schwefelsäure, damit es mehr in der Kehle brennt. Damit wird das Volk fort und fort vergiftet. In der Schenke wird der Bauer über seine Vermögens-, Hypotheken- und Schuldverhältnisse ausgehört, dort unterschreibt er seine Wechsel und verkauft sein Getreide, dort werden die Wuchergeschäfte gemacht, durch die er zu Grunde gerichtet wird, und von deren Raffinirtheit man in deutschen Landen keinen Begriff hat. Solche Schnapswirte sind keine berechtigten Existenzen, und wenn sie durch das Monopol beseitigt würden, so nützte das mehr als alle unsre Wuchergesetze. Auch hätte es die Verwaltung in der Hand, dafür zu sorgen, daß dem Volke ein gesünderes Getränk geboten würde. So könnte das Monopol für Gesundheit und Moral segensreich wirken, und dabei dem Staate Millionen genug einbringen, daß er damit alle unsre dringenden Bedürfnisse befriedigen und der jetzigen Misere ein Ende machen könnte.

Es nützt! In Heft 48 der vorjährigen Grenzboten wurde Klage geführt über „Welcherei im Volke“ und dabei ausgegangen von einem Gasthof in Bonn, „der sich als Aushängeschild den alten Ernst Moriz Arndt erkoren hat,“ dabei aber „an der Vorderseite des Hauses die Aufschrift trägt: Hôtel-Restaurant. Vater Arndt. Pension. Diese Nachricht wurde von einem Studenten im „Sprechsaal“ des Bonner Generalanzeigers im Januar d. J. erwähnt, erörtert und beklagt und gab in dieser Form Anlaß zu nicht weniger als zwei Duzend weiteren „Einsendungen,“ in denen unter andern eine Französin in ihrer Muttersprache für deren Schönheit eintreten zu müssen glaubte, im übrigen aber hauptsächlich Studenten ihrer deutschen Gesinnung in kräftiger Weise Luft machten, während ein Wirt, der für die Fremdwörterei eintrat, gehörig „gemacht“ wurde. Dieser Federkrieg hat nun den Erfolg gehabt, daß der Besitzer des Gasthauses jetzt zum Frühjahr die alte Inschrift hat entfernen und durch die deutsche „Gasthof zum Vater Arndt“ ersetzen lassen. Es ist das nicht der einzige Erfolg, der in Bonn auf diesem und auf andern Gebieten durch den immer rührigen Zweigverein des Allgemeinen deutschen Sprachvereins in letzter Zeit erreicht worden ist. Leider ist es ihm nicht gelungen, die Stadtverwaltung davon abzuhalten, eine neue Straße Kaiser-Friedrich-Straße zu nennen, obgleich er in einer Eingabe unter Hinweis auf die in den Grenzboten erschienenen Aufsätze Wustmanns und Wülfings zu dieser Frage das Unschöne und Unpraktische solcher Doppelbezeichnungen dargelegt hatte, und obgleich schon eine Friedrich-Straße in Bonn besteht. Verschwiegen soll aber dabei nicht werden, daß man in derselben Sitzung für andre neue Straßen gute und bequeme Namen gewählt, z. B. eine Straße nach dem Generaloberst von Loß kurz und bündig Loß-Straße genannt hat.

Individualistisch-Anarchistisches aus dem Seheraal. Etwas abgeseimt modernes wird soeben aus Amerika eingeführt. Der Berliner Verlag von S. Fischer, das buchhändlerische Vehikel modernster Internationalität und internationalster Moderne, bringt ein Buch von dem aus Schottland eingewanderten Schriftsteller John Henry Mackay auf den Markt, das den unsterblichen Ruhm hat, uns zurückgebliebne Deutsche zuerst mit einer — natürlich „epochemachenden“ — Neuerung im Druckverfahren bekannt zu machen. Mit dem Hochgefühl des

Reformators erläutert der Verfasser sie selbst folgendermaßen: „Mit dem Druck dieses Buches wird zum erstenmal in Deutschland der Versuch zur Einführung einer Neuerung gemacht, welche Benj. R. Tucker, der Herausgeber des individualistisch-anarchistischen Organs »Liberty« in Newyork, vor einiger Zeit gefunden [hat], seitdem für sein Blatt verwendet und selbst folgendermaßen beschreibt: Die von Liberty adoptirte typographische Reform besteht in der Abschaffung des unter den Buchdruckern als »Aus-schließen« bekannten Verfahrens. Unter diesem neuen System braucht der Seher, wenn er an das Ende einer Zeile kommt und findet, daß kein Raum mehr für ein weiteres Wort oder eine Silbe vorhanden ist, die Zeile nicht, wie seither, durch Erweiterung des Zwischenraums zwischen den einzelnen Wörtern auszusperren, sondern er füllt den fehlenden Raum einfach mit kleinen Metallstücken, Quadraten genannt, aus, ohne den ursprünglichen Ausschluß zu verändern. Als Folge hiervon zeigt der Lesestoff an der rechten Seite nicht einen so geraden Rand, wie an der linken Seite. Ästhetisch ist das neue Verfahren ein Fortschritt(!), denn alle Ungleichheit in dem Raum zwischen den Wörtern irgend einer Zeile oder zweier unter einander stehender Zeilen wird beseitigt. Dadurch, daß der Abstand zwischen den Wörtern in allen Teilen des Satzes unverändert gleichmäßig bleibt, bietet dieser für das Auge einen gefälligen Eindruck und erleichtert die Arbeit des Lesens.(!) Ökonomisch ist die neue Methode vorteilhaft, da sie bedeutend billiger ist, indem nahezu 30 Prozent an den Satz-kosten gespart werden, und da sie die Arbeit des Setzens vereinfacht und es un-gelernten Arbeitern ermöglicht, die Stelle von gelernten Arbeitern einzunehmen. Das neue Verfahren ist ebenso wohl anwendbar für Buch- wie für Zeitungs-druck, und es bedarf keines Kapitals zu seiner Adoption.“

Das Urteil über dieses neue Satzverfahren überlassen wir unsern Lesern, denen wir hier gleich ein Beispiel dieses „ästhetischen Fortschritts“ vor Augen geführt haben. Wir fürchten aber, daß ihnen diese Reform zunächst recht — „schottisch“ vorkommen wird.

Blühender Unsinn. Hätte dieser Ausdruck nicht längst in unsrer Sprache Bürgerrecht, so müßte er für einen Aufsatz „Die Akropolis im Frühling“ erfunden werden, dem wir kürzlich in einer Wiener Tageszeitung zu begegnen das Glück hatten. Der Verfasser mit dem griechisch klingenden Namen Christomanos überschüttet seine Leser mit einer solchen Fülle von Schwulst, daß selbst die beliebtesten Feuilletonisten der „verbreitetsten“ Zeitungen Deutschlands kaum in der Lage sein dürften, es ihm gleichzutun. Es fällt uns schwer, einzelne Stellen herauszuheben, denn alle Sätze sind gleich erhaben. Weil wir aber durch Wieder-gabe des Kunstwerks in ganzer Länge und Breite uns den Vorwurf widerrecht-lichen Nachdrucks zuziehen könnten, begnügen wir uns, unsre Leser durch einige Brillanten zu ergötzen.

Gleich zum Eingange heißt es: „Aus den innersten Fibern des geheimnis-vollen Mutterwesens beginnt es sich zu regen, zu erbeben, heraufzuschwellen, jenes Unsagbare, jene selige Ekstase, jener dionysische Rausch, der die griechische Natur wie in einen mänadischen Schrei der Wonne ausbrechen läßt.“ Dann folgt ein Stück bombastischer Flora, z. B.: „Mimosenbäume, deren gelbe Knospenblüten die ganze süße Müdigkeit des Orients aushauchen; sie erinnern an Chypre, an Sachets in blauen Boudoirs, an metallisch schimmernde Haarwellen, die über seidne Rissen fließen, in der Dämmerung, hinter den Gittern der Harems.“ Die Athener leben aber nicht ausschließlich von Weichenduft, magischen Tönen und Lichtern und „dithyrambischem Delirium purpurner Freude, wenn die Inseln in violetter Seligkeit

schwimmen," es giebt auch einen Corso, um Mittag spielt die Wachmusik vor den Fenstern des Königs — Hymnen? nein, „Straußsche Walzer und Arien italienischer Opern oder französischer Operetten," und hinter den Soldaten ziehen „Ammen, französische Bonnen und norddeutsche Gouvernanten einher, die sich alle nicht satt sehen können an den flotten, strammen Gazonen usw." Abends bellen sogar Hunde „unter dem blutroten Mantel mystischer Ewigkeit," ganz wie in unsern gemeinen Gegenden!

Wer sollte glauben, daß schon das Wandeln unter den bescheiden Palmen des Schlosses in Athen so gefährliche Folgen haben kann?

Litteratur

Eine Philosophie der Polizei. Unter allen Sterblichen giebt es wohl keine, die den Undank, der der Welt Lohn ist, so gründlich auszukosten hätten als die Polizeibeamten, und darum gönnen wir ihnen von Herzen den Trost, den ihnen ein Schriftchen des Geheimen Polizeirats Ackermann gewähren wird: *Polizei und Polizeimoral nach den Grundsätzen des Rechtsstaats* (Stuttgart, Ferdinand Enke, 1896). Der Verfasser, der gern ein größeres Werk über den Gegenstand schreiben möchte, wenn ihm sein Amt nur Zeit ließe, legt einstweilen in dieser kleinen Schrift dar, wie die Polizeithätigkeit mit Notwendigkeit aus der Idee des Rechtsstaats hervorgeht, wie sie sich gegen die übrigen Zweige der Staatsthätigkeit, namentlich gegen die Strafrechtspflege abgrenzt, und wie sie sich zu den Geboten des Evangeliums, zur natürlichen Moral und zur Politik verhält. Da auch wir uns zuweilen durch Undank gegen die Polizei versündigt haben, so wollen wir zu einiger Sühne eine Stelle aus einem andern Werke hersetzen, die der Verfasser anführt, um zu zeigen, wie entschuldbar etwaige Mißgriffe untergeordneter Polizeibeamten seien. „Man stelle sich nur die Thätigkeit eines Gendarmen in ihrer ganzen Schwierigkeit vor: tüchtig bepackt, ohne genügenden Schutz gegen Kälte und Hitze, in verantwortlicher Mission muß er meilenweite Wege zurücklegen; eingeeengt von unzähligen Vorschriften polizeilichen und gerichtlichen Inhalts, ohne die Möglichkeit, sich mit jemandem zu beraten, soll der Mann den feinsten Takt entwickeln, unerschütterlichen Mut beweisen, nicht zu viel und nicht zu wenig thun und schließlich eine erschöpfende und richtige Relation über das Ganze verfassen. Hat der Mann das alles tadellos gemacht, so ist das wirklich eine bedeutende Leistung.“ Die auf Seite 25 mitgeteilte Thatsache, daß Schiller, begeistert von der heilsamen Wirksamkeit der Pariser Polizei, diese zum Gegenstand eines Dramas zu machen beabsichtigt habe, dürfte nicht einmal allen „Schillerverehrerern“ bekannt sein.

Vom Achtstundentage. Einen sehr lebhaften Befürworter hat die Forderung der internationalen Arbeiterschaft in Leo von Buch gefunden. In einer mit reichlichem statistischen Material und vielen Zeugnissen von Ärzten ausgestatteten Buche: *Intensität der Arbeit, Wert und Preis der Waren*,*) zeigt er, daß die Arbeitszeit nur auf Kosten der Intensität der Arbeit über ein gewisses, allerdings bei den verschiedenen Arbeitsarten verschiednes Maß verlängert werden kann, und daß die erzwungne Intensität bei überlanger Arbeitszeit dem Arbeiter Leben und Gesundheit kostet. Er weist auf einzelne Fälle hin, wo Überarbeit als einzige

*) Es bildet den ersten Teil eines Werkes: *Über die Elemente der politischen Ökonomie*. Leipzig, Duncker und Humblot, 1896.